



Foto: Julio Albarrán

## Zukunft der Demokratie

Die Zukunft der Demokratie, wie sieht sie aus? Für den Sommer plant der DBJR einen Fachtag zur Demokratie, an dem u.a. diese Frage erörtert werden soll. Das demokratische **Engagement gegen Rechtsextremismus**, unter anderem durch Jugendverbände als Werkstätten der Demokratie, beleuchtet die stellvertretende DBJR-Vorsitzende Julia Böhnke in einem Artikel für die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift Jugendpolitik. In dieser Ausgabe mit dem Titel „Zukunft der Demokratie“ kommentiert außerdem **Bundestagspräsident Norbert Lammert** die **DBJR-Position** „Impulse für eine starke Demokratie“. Impulse will der DBJR auf vielfältige Weise setzen: Er bietet derzeit in zwei Projekten Möglichkei-

ten der Beteiligung. Beim **Strukturierten Dialog** laufen aktuell Konsultationsprozesse zu unterschiedlichen Themen, beispielsweise auch zu Partizipation. Neu startet das Beteiligungsprojekt für eine Eigenständige Jugendpolitik: „ich mache → Politik“. Zudem begrüßt der DBJR sehr die im Dezember in Brandenburg vorgenommene Senkung des **Wahlalters** auf 16 Jahre und tritt weiterhin für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre ein. Der DBJR fordert die Politik auf, ernst zu machen mit der oft versprochenen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Dazu müssen neue Möglichkeiten der Partizipation geschaffen und bestehende erweitert werden.

Bundesjugendministerin Kristina Schröder will Rechtsextreme nicht mit Linksextremen bekämpfen. Das wiederholt sie ständig und rechtfertigt damit immer wieder ihre Demokratieerklärung. Die haben fast alle Organisationen – so auch beim Spitzentreffen „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ – stark kritisiert. Wer gegen Nazis eine wehrhafte Demokratie etablieren will, muss Jugendliche einladen, sich zu engagieren. Man darf sie nicht mit bürokratischen Schikanen verschrecken. Die „Extremismusklausel“ fördert keine Kultur des Miteinanders. Sie schürt vielmehr das Misstrauen zwischen Jugendinitiativen und Politik. Die Extremismusklausel behindert uns Jugendverbände im Engagement gegen Rechts, denn auf einmal stehen alle, die sich gegen Neonazis engagieren, unter Verdacht, „verfassungsfeindlich“ zu sein bzw. sind in der Bredouille erst einmal das Gegenteil zu beweisen. Uns Jugendverbänden geht es darum, menschenfeindliches Gedankengut zurückzudrängen und Gewalt zu verhindern. Uns ist deswegen völlig unklar, warum es ein Informations- und Kompetenzzentrum braucht, wenn es so viel zivilgesellschaftliche Kompetenz gibt, die es nur zu fördern gilt!

*Julia Böhnke,  
stellvertretende DBJR-Vorsitzende*

Meinung

## Spitzentreffen „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“

Bundesjugendministerin Dr. Kristina Schröder und Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich luden am 24. Januar 2012 zu einem Spitzentreffen „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ ins Bundesinnenministerium ein. Sie wollten damit nach eigenen Angaben ein entschlossenes Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen. Beteiligt an dem dreistündigen Treffen waren Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Organisationen sowie der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Für den DBJR nahm die stellvertretende Vorsitzende Julia Böhnke teil. Im Abschluss an das Treffen stellten Schröder und Friedrich ihre geplanten Initiativen gegen Rechts-

extremismus vor: ein Informations- und Kompetenzzentrum für die nichtstaatlichen Organisationen sowie eine Datenbank sollen die Informationen der beteiligten Einrichtungen im Kampf gegen Rechts bündeln. Zwei Millionen Euro sollen dafür vom BMFSFJ zur Verfügung gestellt werden. Bundesjugendministerin Dr. Kristina Schröder betonte, bei der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus gehe es vor allem darum, wichtige Personen im Umfeld von Jugendlichen, die drohen in den Rechtsextremismus abzugleiten, zu stärken. Zwar gibt das BMFSFJ jährlich 24 Millionen Euro für die Prävention gegen Rechtsextremismus aus, beim Spitzentref-

fen wurde aber von den teilnehmenden Initiativen kritisiert, dass die Unterstützung oft nur als befristetes Modellprojekt angelegt und anschließend die Finanzierung wieder ungeklärt sei. Der DBJR kritisiert die Präventionsarbeit der Bundesregierung gegen Rassismus und rechte Gewalt und warnt davor, Maßnahmen gegen rechte Gewalttaten nur unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten zu diskutieren. Desweiteren fordert er, die sogenannte Demokratie-Erklärung zurückzunehmen. Nach Ansicht der Jugendverbände ist die 2011 eingeführte „Extremismusklausel“ eine bürokratische Schikane, welche die Präventionsarbeit behindert.

## Konsultation

Jugendverbände sind ein wichtiger und eigenständiger Teil des Bildungssystems. Sie sind unabhängige Orte des Lernens, unterstützen und begleiten junge Menschen dabei, ihre Persönlichkeit zu entwickeln, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten und ihre Fähigkeiten zu entfalten. Dem DBJR ist es wichtig, dass die existentielle Bedeutung dieser Lernorte außerhalb formaler Bildungseinrichtungen stärker anerkannt und geschätzt wird. Sowohl bei der Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik als auch bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland spielt das Thema „**Anerkennung außerschulischer Jugendarbeit**“ eine wichtige Rolle. In beiden Prozessen sollen explizit die Meinungen, Ideen, Vorschläge und Forderungen junger Menschen in Beratungen einbezogen werden, die aktuell in einer Online-Konsultation im **Strukturierten Dialog** gesammelt werden. Die Konsultation bündelt die Anliegen von Jugendlichen und Jugendverbänden, -gruppen und -initiativen zum Thema „Anerkennung außerschulischer Bildung“ in einem transparenten Verfahren. Bis zum 8. April 2012 kann man sich mit Beiträgen an der Konsultation beteiligen.



Foto: Michael Schoil / DBJR

## Besuch des Ukrainischen Jugendforums

Eine Delegation des Vorstands des Ukrainischen Jugendforums (UYF) war vom 15. bis 18. Januar 2012 zu Gast beim DBJR. Der stellvertretende DBJR-Vorsitzende Gunnar Czimczik begrüßte die ukrainischen Gäste in Berlin. Im Mittelpunkt des Besuchs standen die jugendpolitischen Entwicklungen in der Ukraine und die Möglichkeiten für einen Ausbau des Jugendaustauschs zwischen Deutschland und der Ukraine. Bei den Gesprächen mit interessierten Jugendverbänden, Vertreterinnen und Vertretern des Deutschen Nationalkomitees für internationale Jugendarbeit

DNK, Stiftungen und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) informierte der Vorsitzende des Ukrainischen Jugendforums, Andriy Pinchuk, auch über die aktuelle politische Situation in der Ukraine. Das BMFSFJ kündigte an, dass es voraussichtlich wieder eine Protokollvereinbarung zwischen den beiden für Jugend zuständigen Ministerien über die jugendpolitische Zusammenarbeit in den Jahren 2012 und 2013 geben wird. Das Ukrainische Jugendforum hat eine Delegation des DBJR für die zweite Jahreshälfte 2012 in die Ukraine eingeladen.

### Namen

- ▶ Auf der DBJR-Vorstandssitzung am 19. und 20. Januar in Berlin wurde der Vorstand der Stiftung Jugend macht Demokratie gewählt: Stiftungsvorstand bleiben Ursula Fehling, Sven Frye und Daniel Grein.
- ▶ Neu in der DBJR-Geschäftsstelle: Für das Beteiligungsprojekt für eine Eigenständige Jugendpolitik „ich mache → Politik“ sind die Projektleiterin Jasmin-Marei Christen und ab Februar als Referentin Sanja Zeljko zuständig.
- ▶ Bundesjugendministerin Kristina Schröder übernimmt die Schirmherrschaft für die Aktion „Ich. Du. Wir. Fürs Land.“ des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL).

## DBJR-Delegation zu Gast in der Türkei

Unter Leitung der stellvertretenden DBJR-Vorsitzenden Hetav Tek war vom 13. bis 16. Dezember 2011 eine Delegation des DBJR zu Gast bei der TOG (Community Volunteers Foundation) in Istanbul. Sie führten Gespräche mit Vertretungen türkischer Jugendverbände mit dem Ziel, die Strukturen der Jugendarbeit in der

Türkei kennenzulernen. Thema war unter anderem das Verhältnis von nichtstaatlichen Trägern und dem Ministerium für Jugend und Sport der türkischen Regierung. Zudem wurde die Perspektiven einer bilateralen Zusammenarbeit beider Länder und die Unterstützung einer deutsch-türkischen Partnerbörse besprochen.



Foto: UN-Jugenddelegierte 2011

### Die neuen UN-Jugenddelegierten 2012 inmitten der Jugenddelegierten 2011

Nach einem mehrstufigen Auswahlverfahren wurden Sabrina Reindl (23) und Patrick Rohde (23) als neue Jugenddelegierte zur UNO-Generalversammlung ausgewählt. Ab März lösen sie Heidrun Fritze und Andreas Deutinger ab und gehen dann auf Deutschlandtour, um mit Jugendlichen über ihre Wünsche, Bedürfnisse und Forderungen zu sprechen. Im Oktober reisen sie als Begleiter der Deutschen Delegation zur UN-Generalversammlung nach New York. Sabrina, die u.a. bei den Pfadfindern aktiv ist, studiert European Studies. Patrick schließt 2012 sein Politikwissenschaften-Studium ab und ist ebenfalls Pfadfinder.

## Bundekinderschutzgesetz seit Januar in Kraft

Bundestag und Bundesrat haben am 16. Dezember 2011 das Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (**Bundekinderschutzgesetz** - BKiSchG) auf Basis des Ergebnisses des Vermittlungsausschusses beschlossen. Nach der Ausfertigung durch den Bundespräsidenten am 22. Dezember 2011 ist das Bundekinderschutzgesetz am 28. Dezember 2011 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden. Es ist damit seit dem 1. Januar 2012 in Kraft. Der DBJR begrüßt die grundsätzlichen Anliegen des Gesetzes und sieht in vielen Fällen wichtige fachliche Verbesserungen im Kinderschutz, jedoch auch erhebliche Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung auf die Jugend(verbands)arbeit zukommen. Im Fokus des Bereichs der Jugend(verbands)

arbeit liegen die Regelungen der Paragraphen 72a (4) bezüglich der Führungszeugnisse und 79a (SGB VIII) im Hinblick auf die Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Kinder- und Jugendhilfe. Diese Regelungen betreffen die praktische Arbeit der Jugendverbände direkt und sind nach Auffassung des DBJR kritisch einzuschätzen. Für viele neue Regelungen muss nun die Umsetzung in Angriff genommen werden. Dies trifft insbesondere dort zu, wo der Gesetzgeber große Spielräume für die Ausgestaltung vor Ort gelassen hat, wie es unter anderem bei den Paragraphen 72a (4) und 79a (SGB VIII) der Fall ist. In der Umsetzung dieser Regelungen sieht der DBJR erhebliche Herausforderungen auf die Praxis zukommen. Das Bundekinderschutzgesetz hat bis zu seinem In-Kraft-

Treten einen langen Weg hinter sich, der mit dem Scheitern eines entsprechenden Entwurfes in der 16. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages begann. Der Entstehungsprozess des jetzigen Gesetzes, mit seiner frühzeitigen Einbindung der Expertinnen und Experten der Fachorganisationen und Verbände in einem circa einjährigen Prozess, wird durch den DBJR positiv bewertet. Dies und auch die ausreichende Zeit, die der Erarbeitung gegeben wurde, ist an vielen Stellen des Gesetzes spürbar. Auf der Website des DBJR sind alle **Informationen** zum aktuellen Sachstand der Umsetzung, zum Beschluss des Bundesrates und des Bundestages, dem bisherigen Weg des Bundekinderschutzgesetzes sowie zu den kritischen Aspekten des Gesetzes zusammengefasst.

## Dialog Internet

Bundesjugendministerin Kristina Schröder informierte im Dezember 2011 über die Ergebnisse im **Dialog Internet**. Sie stellte drei Initiativen als erste konkrete Handlungsschritte vor. Im Bereich Partizipation wird das IJAB-Projekt „youthpart – ePartizipation vor Ort“ gefördert. Der DBJR kann über die Mitwirkung als Experte am Projekt youthpart die Entwicklungen mitgestalten. Irritiert waren und sind viele Mitwirkende im Dialog Internet darüber, dass die Ministerin die alte Idee (aus dem Jahr 2009) eines Notfallbuttons im Internet präsentierte. In der Debatte im Rahmen des Dialogs war dieser von nahezu allen Experten/-innen als unwirksam bewertet worden. Die mit dem Notfallbutton verknüpfte Initiative eines Internet-Kinderschutzzentrums mit Bezug auf das Safer Internet Programm der EU macht deutlich, dass Prävention wider Beratungen im Dialog Internet eher Jugendliche einschränkend, als Jugendliche in ihren Kompetenzen stärkend verstanden wird. Insgesamt enttäuscht das Ergebnis des Dialog Internet. Die Chance, eine zukunftsweisende Jugendnetzpolitik zu entwickeln ist nicht erreicht.

Die Ergebnisse des Dialogs und die Dokumente, die von den Arbeitsgruppen erstellt wurden, sind auf der Seite [dialog-internet](#) zusammengestellt. Unter anderem ist dort ein umfangreiches Papier zur **Partizipation** eingestellt.



Foto: philippe TVON / jugendfotos.de

## Jugendbegegnungsstätte Auschwitz

Am Festakt zum 25. Jubiläum der **Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz (IJBS)** nahm der Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings, Sven Frye, teil. Er reiste am 9. Dezember 2011 nach Polen. Der DBJR ist der Arbeit der internationalen Jugendbegegnungsstätte von Beginn an sehr verbunden. „In der Konfrontation mit der Geschichte des Nationalsozialismus werden in Auschwitz junge Menschen zu verantwortlichem und demokratischen Handeln ermutigt“, sagt Sven Frye. Wie wichtig und notwendig das sei, werde aktuell deutlich: „Wir erfahren gerade täglich, wie wichtig es ist, für die Demokratisierung der Gesellschaft zu streiten“, so Sven Frye. Wie verwurzelt rechte Netzwerke in der Gesellschaft sind und wie stark der Einfluss von Neonazis in einigen Regionen ist, gehört deutlich öffentlich benannt. Oft sind es junge Menschen, beispielsweise aus Jugendverbänden, die dem rechten Spuk entgegenwirken.

Bildungs- und Begegnungsarbeit, wie sie in der internationalen Jugendbegegnungsstätte geschieht, hilft demokratischen Kräften, Neonazis die Stirn zu bieten. Die IJBS ist ein Ort der Überwindung von Barrieren und Vorurteilen, der Reflexion und des Dialogs, aber auch des Spiels und der Erholung. Auschwitz fordert zu einer gemeinsamen Betrachtung des Problems von Verständigung zwischen einzelnen Menschen und ganzen Gesellschaften heraus. Deshalb fördert die IJBS Begegnungen. Deren Ziel ist Erinnerung und Gedenken, Wissensvermittlung sowie Offenheit gegenüber allem Neuen. Die internationale Jugendbegegnungsstätte (IJBS) entstand 1986 als Bildungseinrichtung dank der Einsatzbereitschaft vieler Menschen und Institutionen aus Deutschland und Polen. Seit 1995 wird die Arbeit der Stätte von der deutsch-polnischen Stiftung für die IJBS geleitet.

► Mit der Aktion 5.1. (Begegnungen junger Menschen mit Verantwortlichen der Jugendpolitik) stellt JUGEND IN AKTION seit 2007 Fördermittel für Projekte zum Strukturierten Dialog bereit. 2012 stehen bei JUGEND IN AKTION 100.000 € mehr für diese Projekte zur Verfügung. Im Februar organisiert JUGEND für Europa die Informationsveranstaltungen **DemokraTOUR** zu dieser Förderlinie. Die Veranstaltungen finden in Hamburg, Berlin, Leipzig und Nürnberg statt.

► Die Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen bietet am 6. und 20. März 2012 das **Seminar** „Wir können auch anders. Didaktisch-methodische Ansätze für die Gewaltprävention in Gruppen“ in Hannover an. Anmeldeschluss ist der 9. Februar.

► Unter dem Motto „Einer für alle, alle gegen einen: Tatort Diskriminierung“ treffen sich junge Menschen zwischen zwölf und 15 Jahren vom 7. bis 10. Juni 2012 in Nürnberg zum **Kindergipfel der Naturfreundejugend Deutschlands** in Nürnberg, um sich in Workshops mit den Themen Diskriminierung und Ausgrenzung zu beschäftigen, Forderungen an die Politik zu stellen und diese mit Politikern/-innen des Bundestages zu diskutieren.

► **Girls'Day** und **Boys'Day** finden dieses Jahr am Donnerstag, den 26. April statt. Unternehmen und Organisationen sind aufgerufen ihre Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler in die zentrale **Aktionslandkarte** einzutragen, wo Jugendliche nach Angeboten suchen und sich anmelden können.

## Termine

## DBJR-Handbuch kann bestellt werden

Das aktuelle Handbuch 2012 des DBJR ist erschienen und kann ab sofort kostenlos beim DBJR **bestellt** werden. Es liefert einen praktischen und schnellen Zugriff auf Kontakte und gibt Informationen über die Arbeit des DBJR und der im DBJR zusammengeschlossenen Jugendorganisationen.



## AGJ-Position Kinder- und Jugendarbeit

Die **Position** der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) „Kinder- und Jugendarbeit unter Gestaltungsdruck. Zur Notwendigkeit, Angebote der Kinder- und Jugendarbeit zu erhalten und weiterzuentwickeln“ beschäftigt sich mit Kinder- und Jugendarbeit im Spannungsverhältnis widersprüchlicher Anforderungen. Das Fördern ganzheitlicher Bildung und sozialer Verantwortung, wie es aktuell auch im Zusammenhang mit der Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik gefordert wird, ist die zentrale Leistung der Kinder- und Ju-

gendarbeit. Sie ist der einzige institutionell gesicherte und staatlich geförderte Ort, an dem Kinder und Jugendliche eigenständig gestaltbare Erfahrungsräume nutzen können, in denen eine Lernkultur vorherrscht, die auf Erfahrungen des alltäglichen Lebens setzt und so nachhaltige Wirkung auf Bildungsprozesse entfaltet. Aus Sicht der AGJ ist dringend eine Jugend(förder)politik erforderlich, die Angebote, Räume, Strukturen und Methoden der Kinder- und Jugendarbeit nachhaltig sicherstellt bzw. weiterentwickelt.

## BAGSO und DBJR

Zum Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen lädt der Deutsche Bundesjugendring gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) zum Fachtag **„Gemeinsam sind wir stärker“** ein. Jung und Alt stehen vor gesellschaftspolitischen Herausforderungen, von denen viele nur gemeinsam bewältigt werden können. Die Fachtagung dient dazu, Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten sowie für einige ausgewählte Themenfelder konkrete Ideen auszutauschen und neue, auch gemeinsame, Handlungswege zu erschließen. Der gemeinsame Fachtag von DBJR und BAGSO findet am 1. März 2012 im Alten Rathaus Hannover statt. **Anmeldung** unter Angabe von Name, Organisation/Verband, E-Mail-Adresse und gewünschten Foren an [veranstaltung@dbjr.de](mailto:veranstaltung@dbjr.de).

## Rio+20

Im Juni kommen die UN zur Weltkonferenz für Nachhaltige Entwicklung zusammen. 20 Jahre nach der ersten Konferenz im brasilianischen Rio de Janeiro setzen viele hohe Erwartungen in die Konferenz. Im Vorfeld bietet der DBJR seinen Mitgliedsorganisationen eine Plattform zum Austausch über Aktionen und Inhalte. Unter [rio20.mixxt.de](http://rio20.mixxt.de) kann in Foren diskutiert, zu Veranstaltungen eingeladen und aktuelle Nachrichten mitgeteilt werden. Die Community ist nicht öffentlich. Wer Interesse hat, in den Austausch zu treten, kann sich an das **Referat Medien & Kommunikation** wenden. Die **Jugenddelegierten für nachhaltige Entwicklung**, Lena Mäckelburg und Felix Beck, nahmen als Teil einer kleinen deutschen Delegation im Dezember 2011 am 2. Intersessional Meeting in New York teil. Diese „Intersessionals“ wurden zwischen die mandatierten Vorbereitungssitzungen geschoben, um mehr Zeit für Vorverhandlungen zu Rio+20 zu haben.

### Impressum

Deutscher Bundesjugendring  
Mühlendamm 3 | 10178 Berlin  
030. 40040400 | [epaper@dbjr.de](mailto:epaper@dbjr.de)  
verantwortlich: Daniel Grein

Gefördert durch Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

### facebook | twitter & Co.

[facebook.com/ bundesjugendring](https://www.facebook.com/bundesjugendring)  
[facebook.com/ strukturiertdialog](https://www.facebook.com/strukturiertdialog)

[twitter.com/ dbjr\\_](https://twitter.com/dbjr)  
[vimeo.com/ dbjr](https://www.vimeo.com/dbjr)

### www.

[dbjr.de](http://dbjr.de)  
[strukturiert-dialog.de](http://strukturiert-dialog.de)  
[heinz-westphal-preis.de](http://heinz-westphal-preis.de)